

Antrag

der Abgeordneten Gerhard Zwerenz, Heinrich Graf von Einsiedel, Dr. Gregor Gysi und der Gruppe der PDS

Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941–1944“

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Der Deutsche Bundestag verurteilt, daß Rechtsextremisten die Auseinandersetzung um die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941–1944“ zum Anlaß für bundesweite Mobilisierung zu rechtsextremistischer, insbesondere nationalistischer Propaganda nehmen können.
2. Der Deutsche Bundestag mahnt alle Kritiker der Ausstellung, die unter Nummer 1 beschriebenen Folgen künftig mit zu bedenken.
3. Es ist eine unbestreitbare Tatsache, daß die deutsche Wehrmacht an Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit während des zweiten Weltkrieges beteiligt war. Eine solche Feststellung pauschaliert nicht, sie sagt nichts über die individuelle Schuld oder Nichtschuld des einzelnen Soldaten aus.
4. Der Deutsche Bundestag begrüßt, daß die Ausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941–1944“, die zu einer öffentlichen Diskussion über die Rolle der Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg beigetragen hat, von zahlreichen Städten, darunter auch von Bonn, eingeladen wurde.
5. Der Deutsche Bundestag bedauert, daß das Präsidium des Deutschen Bundestages eine Einladung der Ausstellung in die Räume des Deutschen Bundestages abgelehnt hat. Der Deutsche Bundestag würde begrüßen, wenn die Präsidentin des Deutschen Bundestages die Schirmherrschaft über die Ausstellung in Bonn übernehme.

Bonn, den 12. März 1997

Gerhard Zwerenz
Heinrich Graf von Einsiedel
Dr. Gregor Gysi und Gruppe

Begründung

Die Vorgänge im Zusammenhang mit der Wanderausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht von 1941–1944“ in München machen eine Stellungnahme des Deutschen Bundestages unausweichlich. Das Erfordernis wird durch die beginnende Debatte in Frankfurt am Main und Bremen noch bekräftigt. Der Deutsche Bundestag muß dadurch Partei ergreifen, daß er alle Versuche der Leugnung oder Bagatellisierung der durch die deutsche Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg begangenen Verbrechen zurückweist.